

**Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 22. Sitzung am 7. Juni 2012 folgende Beschlüsse gefasst und nachstehende Wahl vorgenommen:**

1. Bericht des Senats zur Umwandlung der stillen Einlagen bei der Bremer Landesbank in Stammkapital  
Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -  
Satzung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -  
Konsortialvereinbarung der Träger der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -  
Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2012  
(Neufassung der Drucksache 18/409 vom 8. Mai 2012)  
(Drucksache 18/428)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Umwandlung der stillen Einlagen bei der Bremer Landesbank in Stammkapital zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Entwürfe des Staatsvertrags zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -, der Satzung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - und der Konsortialvereinbarung der Träger der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - zur Kenntnis.

2. Bericht des Senats zum Verkauf von Anteilen an der Bremer Landesbank durch das Land Bremen an die Stadtgemeinde Bremen  
Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2012  
(Drucksache 18/440)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Verkauf des 7,5 % Anteils am Stammkapital der Bremer Landesbank durch das Land Bremen an die Stadtgemeinde Bremen zu.

3. Erleichterte Einbürgerung für in Bremen gut integrierte Kinder und Jugendliche  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 9. Mai 2012  
(Drucksache 18/414)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. Juni 2012  
(Drucksache 18/436)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. gut integrierten Kindern und Jugendlichen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und über eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen verfügen, eine erleichterte Einbürgerung zu ermöglichen und dabei die vorhandenen rechtlichen Spielräume voll auszuschöpfen, weil sie neben ihrer

Familienzugehörigkeit keine Bindungen oder Beziehungen zu dem Heimatland ihrer Eltern haben.

2. die Betroffenen frühzeitig über die Möglichkeiten der Einbürgerung umfassend zu informieren.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten, wie sie sich die Einbürgerungszahlen von Kindern und Jugendlichen entwickelt haben.
4.       Alphabetisierung im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 13. März 2012  
(Drucksache 18/294)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 17. April 2012  
(Drucksache 18/344)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

5.       Erwachsene Menschen beim Lesen und Schreiben lernen mehr unterstützen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU  
vom 6. Juni 2012  
(Neufassung der Drucksache 18/449 vom 5. Juni 2012)  
(Drucksache 18/453)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. bis Ende des Jahres 2012 ein abgestimmtes ressortübergreifendes Konzept für Alphabetisierung in Bremen und Bremerhaven vorzulegen, das die Aktivitäten der Ressorts Bildung, Finanzen, Arbeit, Kultur, Soziales, des Magistrats, der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter und der Weiterbildungsträger umfasst. Im Ergebnis sollen durch ein abgestimmtes Vorgehen Maßnahmen zur Alphabetisierung und deren Finanzierung in angemessenem Umfang sichergestellt werden. Über die Umsetzung des Konzepts und der Maßnahmen soll anschließend jährlich, beginnend Ende 2013, den staatlichen Deputationen für Bildung, für Kultur, für Soziales, Kinder und Jugend sowie für Wirtschaft, Arbeit und Häfen berichtet werden.
2. eine entsprechende zielgruppengerechte Öffentlichkeitskampagne zu initiieren, die geeignet ist, erwachsene Menschen, die nicht ausreichend lesen und schreiben können, auf ihrem Weg aus der Isolation zu unterstützen und sie auf geeignete Weiterbildungsangebote aufmerksam zu machen.
6.       Mehr Gemeinsamkeit beim Abitur: Bremen braucht neue Impulse  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 20. März 2012  
(Drucksache 18/305)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

7.       „Legal Highs“ verbieten  
Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. März 2012  
(Drucksache 18/306)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.

8. Extreme Haushaltsnotlagen erfordern extreme Maßnahmen - Einführung einer lokalen solidarischen Millionärssteuer prüfen!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 3. Mai 2012  
(Drucksache 18/401)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

9. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen - Bremisches Gesetzblatt in elektronischer Form -  
Mitteilung des Senats vom 3. April 2012  
(Drucksache 18/328)  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

10. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen  
Änderung des Art. 79 Abs. 3 BremLV - Begründungspflicht bei von Beschlüssen der Bürgerschaft abweichendem Stimmverhalten des Senats im Bundesrat  
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 9. Dezember 2011  
(Drucksache 18/161)  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.

11. Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-innen</u>
Hiller, Ulrike (SPD)	Böschen, Sybille (SPD)
Tschöpe, Björn (SPD)	Garling, Karin (SPD)
Weber, Christian (SPD)	Schildt, Frank (SPD)
Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen)
Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen)
Häsler, Luisa-Katharina (CDU)	Neumeyer, Silvia (CDU)
Röwekamp, Thomas (CDU)	Ravens, Bernd (CDU)
Vogt, Kristina (DIE LINKE)	Erlanson, Peter (DIE LINKE)

12. Gesetz zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und Gesetz zur Neuregelung des Glücksspielrechts - Ratifikation und Ausführung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags - Mitteilung des Senats vom 3. April 2012 (Drucksache 18/329)  
1. Lesung  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Neuregelung des Glücksspielrechts in erster und zweiter Lesung.

13. Friedliche Forschung und Lehre gibt es nur mit Kontrolle und gesetzlicher Zivilklausel!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 30. Mai 2012  
(Drucksache 18/431)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

14. Forschung an bremischen Hochschulen ausschließlich zu zivilen Zwecken  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 6. Juni 2012  
(Drucksache 18/452)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Hochschulen des Landes Bremen für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung wirken und nur zu zivilen Zwecken Forschung treiben.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt ausdrücklich die von der Universität Bremen beschlossene Selbstverpflichtung auf die Verfolgung ausschließlich ziviler Zwecke und die Ablehnung jeder Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung oder Zielsetzung.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie eine Zivilklausel im Rahmen einer Novellierung hochschulrechtlicher Vorschriften gesetzlich verankert werden kann.

15. Einrichtung eines Bahn-Haltepunkts Universität/Technologiepark  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. März 2012  
(Neufassung der Drucksache 18/316 vom 20. März 2012)  
(Drucksache 18/322)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die ÖPNV-Anbindung der Universität und des Technologieparks Bremen insbesondere für auswärtige Beschäftigte, für Geschäftsreisende und Studierende so attraktiv zu gestalten, dass möglichst viele Nutzer des motorisierten Individualverkehrs zu einem Umstieg auf den ÖPNV motiviert werden.

2. In diesem Kontext spricht sich die Bürgerschaft (Landtag) für die Errichtung eines Bahn-Haltepunkts Technologiepark/Universität aus und bittet den Senat zu prüfen,

a) wo genau ein solcher Haltepunkt eingerichtet werden könnte, wie er in das bestehende Verkehrsnetz einzubinden wäre und welche (neuen) Verkehrsverbindungen sich hier sinnvoll anbinden ließen,

b) welche Kosten für welche Träger durch die Realisierung dieses Haltepunkts und gegebenenfalls damit verbundener weiterer Maßnahmen entstünden, und wie diese zu finanzieren wären,

c) wie viele Fahrgäste diesen Haltepunkt insgesamt nutzen würden, wie viele zusätzliche ÖPNV-Kunden gewonnen werden könnten, und welche Entlastungseffekte sich für die Straßenbahnlinie 6 sowie beim motorisierten Individualverkehr ergäben,

d) welche Auswirkungen eine solcher Haltepunkt auf die Attraktivität des Technologieparks, der Universität und umliegender Wohngebiete hätte,

e) die Einrichtung eines Ring-Shuttle-Busverkehrs und

f) in welchem Zeitrahmen eine Realisierung möglich erscheint.

3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) das Ergebnis dieser Prüfungen verbunden mit einer Realisierungsempfehlung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.

16. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verwaltungsgebühren für Waffenkontrollen  
Mitteilung des Senats vom 20. März 2012  
(Drucksache 18/309)
2. Notruf per SMS und Applikation für Smartphones und Tablet-Computern für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einführen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 17. April 2012  
(Drucksache 18/338)
3. Unverzüglich einfachen und verlässlichen Notruf bei Polizei und Rettungsdiensten auch für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einführen!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 5. Juni 2012  
(Drucksache 18/448)
4. Zukunft der Pflege im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 17. April 2012  
(Drucksache 18/339)  
Dazu  
Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2012  
(Drucksache 18/423)
5. Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel verbessern  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. April 2012  
(Drucksache 18/351)
6. Kontrolle von Bordellen und Modelwohnungen verbessern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. Juni 2012  
(Drucksache 18/438)
7. Attraktivität der Pflegeberufe steigern - Einrichtung einer Pflegekammer prüfen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. April 2012  
(Drucksache 18/361)
8. Umsatzsteuererlegung an Bildungsaufgaben anpassen!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. April 2012  
(Drucksache 18/362)
9. Gesetz zur Änderung der Bremischen Landeswahlordnung - Schutz von Wahlgeheimnis und Wahlfreiheit  
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)  
vom 30. April 2012

Drucksache 18/386

1. Lesung

10. Quelltext für Überwachungssoftware  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 8. Mai 2012  
(Drucksache 18/408)
11. Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 15. Mai 2012  
(Drucksache 18/419)
12. Menschen mit Behinderung vor Gewalt und sexuellem Missbrauch  
schützen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. Mai 2012  
(Drucksache 18/421)